

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.10 Uhr
Ende: 14.15 Uhr

1) Gastgärten – Lärm-Kummernummer - Volksanwalt

GRin. **Zeiler** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

GRin. **Zeiler**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Anlässlich der am 15. April 2003 stattgefundenen Gesprächsrunde kündigten Sie an, eine „Lärm-Kummernummer“ einzurichten, wo jeder anrufen könne, der sich durch Gastgartenlärm gestört fühlt. Von dieser zentralen Stelle solle dann ein „systematisiertes Verfahren eingeleitet werden“, das auch zu Konsequenzen, also Strafen, für die schwarzen Schafe unter den Wirten führen solle. Das ist auch nachzulesen gewesen in der Kleinen Zeitung.

Am 11. Oktober 2003 in ORF 2 fand die Sendung „Volksanwalt – Gleiches Recht für alle“ statt, die sich mit der Sperrstundenproblematik beschäftigte. In Ihrer Antwort an Volksanwalt Stadler versprochen Sie, sich zumindest dafür einzusetzen zu wollen, dass in den für 2004 definierten Gestattungsverträgen die Betriebszeit inklusive Abbeziehungsweise Zusammenräumen mit 23.30 Uhr festgesetzt werde.

Diese angekündigte Bestimmung ist in den diesjährigen Gestattungsverträgen nicht zu finden, was bedeutet, dass den Betreibern – wie 2003 – bis Mitternacht Zeit bleibt, ihre Gastgärten mehr oder weniger laut abbeziehungsweise zusammenzuräumen.

Bis jetzt gibt es weder die angekündigte „Lärm-Kummernummer“ noch ein tatsächliches – was die Aufräumzeiten betrifft – mit 23.30 Uhr definiertes Betriebszeitenende.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie die folgende

Frage:

Wann ist damit zu rechnen, dass die Lärmkummernummer eingerichtet wird?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin! Ich möchte zunächst etwas klarstellen, und zwar ist nirgends davon die Rede, dass den Betreibern wie bisher bis Mitternacht Zeit bleibt, ihre Gastgärten mehr oder weniger laut ab- beziehungsweise zusammenzuräumen. Die 24.00 Uhr sind im Vertrag überhaupt nicht erwähnt, sondern die Passage im Vertrag heißt, die Offenhaltezeit usw. wird bis 23.00 Uhr festgesetzt im Sommer, wenn das auf Grund der Landesverordnung möglich ist, bis 23.30 Uhr. Die erforderlichen Abräumarbeiten haben so zu erfolgen, dass es zu keiner Lärmbelästigung kommt ohne Zeitangabe. Zur Überprüfung dieser und auch der anderen Bestimmungen habe ich immer wieder angekündigt, dass wir heuer in den Vertrag erstmalig Regelungen aufnehmen, nach denen es klar ist, dass wir bei mehrmaligem Verstoß den Vertrag auflösen und uns dann auch überlegen, ob die Gastgartenbetreiber im folgenden Jahr dann nochmals einen Gastgartenvertrag überhaupt bekommen. Nun aber zur Lärm-Kummernummer: Nach den Ankündigungen von unserer Seite ist auf meine Empfehlung eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die sich speziell bei Verfahren im Zusammenhang mit Lärm in Gastgärten und mit Lärmbelästigung insgesamt in der Stadt befasst hat. Es ist uns ziemlich schnell klar geworden, dass eine wirklich wirkungsvolle Stelle, die Lärmkritik und auch Klagen über lauten Lärm entgegennehmen kann, ausschließlich bei der Polizei sein kann und zwar deshalb, weil die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Lärmnummer ja nicht nur ist, dass sie rund um die Uhr, vor allem jedenfalls auch in der Nacht, besetzt ist, sondern Voraussetzung ist auch, dass dort eine Stelle ist, die handeln kann und das ist ausschließlich die Polizei. Das ist auch ein Ergebnis, das die Arbeitsgruppe festgehalten hat, das hat sich durchaus so ergeben. Ich darf auch darauf hinweisen, dass wir im Zusammenhang mit den Musikanlagen hier mit der Polizei eine sehr gute Regelung haben, da ist inzwischen ja Kollege Detlev Eisel-Eiselsberg zuständig und wir werden auch beim nächsten gemeinsamen Termin zwischen Stadt und der Polizei das Thema Lärm an erster Stelle haben und hier auch versuchen, zu einem systematisierten Vorgehen bei Lärm in den Gastgärten zu kommen. Das ist das, was wir tun können, was wir auch tun wollen, und nochmals im Zusammenhang mit den schärferen Bestimmungen und genaueren Regelungen in den Gastgartenverträgen denke ich und hoffe ich, dass es hier auf jeden Fall heuer zu einer genaueren Einhaltung der Regelungen kommt.

GRin. **Zeiler**: Zusatzfrage habe ich keine, ich möchte mich bedanken für die Antwort, möchte aber trotzdem noch einmal inständig darum bitten, dass wirklich diesmal auch etwas passiert, wir haben die Problematik jedes Jahr wieder und die Überprüfungen werden versprochen, aber da verändert sich auch nichts. Ob das mit der Polizei wirklich so gut funktioniert, das möchte ich einmal bezweifeln und ich möchte auch darauf hinweisen, dass man auch bei den Musikanlagen, weil Sie es extra erwähnt haben, auch solche Lücken beachtet, wie es vorgekommen ist im letzten Jahr, ich weiß jetzt nicht genau, wann es war, aber dass bei einer Veranstaltung dann die Musikanlage direkt ans Fenster gestellt worden ist im Stock darüber und dann ganz zufällig der Platz von dem ersten Stock aus beschallt worden ist. Also, dass man durchaus auf solche Sachen auch nicht vergisst, möchte ich wirklich ganz, ganz dringend bitten. Danke (*Applaus KPÖ*).

2) Tiefgarage Karmeliterplatz

GRin. **Jahn** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bin so erfreut, dass ich einmal so früh drankomme. Meine Frage betrifft die Tiefgarage am Karmeliterplatz. Gerade die aktuellen Debatten rund um den Bau und auch die Fertigstellung der Tiefgarage am Karmeliterplatz sind aus unserer Sicht recht symptomatisch für die Art und Weise, wie in Graz Verkehrspolitik scheinbar betrieben oder auch nicht betrieben wird. Es war ja großartig angekündigt, dass das die Preisbrechertiefgarage, die ganz die tolle am Karmeliterplatz werden sollte, jetzt hat es sich durch ein kleines Missgeschick, keine Ahnung wie auch immer, Probleme eben bezüglich der schwierigen Bauarbeiten ergeben, dass die Kosten jetzt doch ein bisschen in die Höhe geschneit sind, und zwar aus der Zeitung liest man, es dürfte sich so um die 300.000,- Euro handeln, nichts genaues weiß man, also wir zumindest, nicht, wir haben keine näheren, Genauen Informationen dazu erhalten, was ja auch in vielen anderen Bereichen auch oft so ist. Da fragt man sich natürlich auf der einen Seite, wieso sich die Stadt überhaupt auf so einen Vertrag eingelassen hat und auf der anderen Seite

muss man sich jetzt natürlich auch fragen, wie jetzt im Zuge auch der Finanzverknappung, wie der Herr Bürgermeister immer sagt, ein sehr schönes Wort, Finanzverknappung, wie es im Zuge dieser Finanzverknappung, wie wir jetzt mit diesen entstehenden Kosten umgehen und daher frage ich mich oder fragen wir uns jetzt, Herr Stadtrat Rüschi, wie gedenken Sie jetzt mit dieser Kostenexplosion bezüglich der Baustelle am Karmeliterplatz umzugehen? (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, nachdem es Sie so gefreut hat, dass Sie so früh dran sind, möchte ich Ihnen nur noch mitteilen, je früher man abgibt, umso früher kommt man dran, weil wir behandeln hier in der Fragestunde die Fragen genau nach der Reihenfolge des Einlangens.

Zwischenruf GR. Schönegger: Steht in der Geschäftsordnung.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Vielen Dank für die charmant vorgetragene Frage. Der erste Teil der Frage, wie gedenken Sie die Kostenexplosion der Baustelle am Karmeliterplatz zu bewältigen? Ob es am Karmeliterplatz zu einer Kostenexplosion kommt oder nicht, kann ich Ihnen nicht sagen, die Stadt ist dort nicht Bauträger. Das heißt, die Kosten sind von der EGT aufzutreiben, die Finanzierung ist ebenfalls von der EGT zu bewerkstelligen, wie weit sich hier Kostenvoranschläge und tatsächlicher Kostenaufwand decken, weiß ich nicht. Wir haben einen Baukonzessionsvertrag, der abgeschlossen wurde vor zwei Jahren und im Vergabungsausschuss angenommen wurde. Ich möchte übrigens erwähnen, dass dieser Baukonzessionsvertrag im Vergabungsausschuss einstimmig angenommen wurde, Sie und Ihre Fraktion waren damals im Vergabungsausschuss noch nicht vertreten, aber die anderen hier anwesenden Parteien waren dort vertreten und es gab einen einstimmigen Beschluss und laut diesem Baukonzessionsvertrag ist die Regelung völlig klar. Es gibt ein Baugrundrisiko, so ist es im Vertrag drinnen und wenn dieses Baugrundrisiko

schlagend wird, dann darf die EGT die Kostenauswirkungen nennen, wir müssen von Seiten der Stadtbaudirektion uns überlegen, ob das gerechtfertigt ist oder nicht. Jener Betrag, der gerechtfertigt ist, muss im Verhältnis 70 : 30 zwischen Stadt Graz und zwischen EGT geteilt werden. Das ist Vertrag, der vor zwei oder drei Jahren abgeschlossen wurde, da gibt es nichts zu rütteln. Das Baugrundrisiko ist schlagend geworden, es war nicht vorhersehbar, dass dort ein Schwemmkegel in einigen Meter Tiefe gefunden wurde, es war auch nicht vorhersehbar, dass die Stadtmauer bis zu neun Meter in den Bauplatz hineinragt. Dadurch sind Mehrkosten entstanden, wie hoch das ist, wird zu prüfen sein und danach ist vertraglich zu verfahren, im Verhältnis 70 : 30 abzugelten.

GRin. **Jahn:** Heißt das, dass jetzt diese Kosten, die verpflichtend zu tragen sind, die sind dann von Ihrem Ressort zu tragen. Da stellt sich jetzt die Frage, heißt das dann, man trägt diese Kosten und versucht gleichzeitig, die Preise, also diese Tiefpreisgarantie, beizubehalten, das würde ja dann bedeuten, dass mehr oder minder jede Grazerin und jeder Grazer für diese zusätzlichen Kosten auch zahlt, egal ob er jetzt die Tiefgarage nutzt oder nicht nutzt. Oder?

Dr. **Rüsch:** Die Kommunikation sollte vielleicht noch etwas intensiver erfolgen mit dem Herrn Finanzstadtrat, das stimmt leider nicht, so wie Sie es gesagt haben. Ich sehe zunächst nicht ein,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Ich schon.

Dr. **Rüsch:** ...wieso diese vertragliche Regelung im Baukonzessionsvertrag, für die die Finanzdirektion verantwortlich ist, von meiner Abteilung getragen werden soll, da

sehe ich zunächst einmal überhaupt keinen Grund, es ist ein Vertrag, den die Stadt Graz abgeschlossen hat. Zum Zweiten ist das, was Sie gesagt haben, sichergestellt, in dem Vertrag steht auch drinnen, dass sich die EGT verpflichtet, in den ersten fünf Jahren einen Preis von zwei Euro pro Stunde einzuheben, das ist bei dem gegebenen Niveau zweifellos ein gebrochener Preis oder ein Tiefstpreis, der sonst ja, mit Ausnahme der Kunsthausgarage, nicht vorkommt und für die nächsten fünf Jahre, also zwischen sechstem und zehntem Jahr darf dieser Preis auf 2.20 Euro steigen, das ist ebenfalls gesichert, das ist vertraglich gesichert, es gibt in diesem Zusammenhang aus meiner Sicht keine offenen Fragen (*Applaus ÖVP*).

3) Projekt betreffend ‚Punker‘ am Hauptplatz

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StRin. Kaltenbeck-Michl folgende Frage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! In der Gemeinderatssitzung vom 22. April 2004 habe ich an den Herrn Bürgermeister eine mündliche Anfrage gerichtet, welche Maßnahmen getroffen wurden beziehungsweise getroffen werden, um die Situation, die sicher derzeit um das Erzherzog-Johann-Denkmal am Hauptplatz darstellt, entgegenzuwirken. Vom Bürgermeister wurde mir daraufhin erklärt, dass Sie als zuständige Stadträtin bereits an einem Projekt arbeiten, beziehungsweise in der Umsetzungsphase von konkreten Überlegungen sind.

In der Zwischenzeit konnte ich in einer Gratiszeitung nachlesen, dass Sie gemeinsam mit dem Verein ‚Hauptplatz aktiv‘ und Langzeitarbeitslosen, Stichwort Hauptplatz-Punks, 30 Tannen für Grazer Kindergärten gepflanzt haben. Dem ebenfalls abgedruckten Foto konnte ich entnehmen, dass es sich um eine gelungene Aktion handelt, wofür ich Ihnen sehr herzlich gratulieren möchte. Gerne würde ich über dieses Projekt mehr erfahren, vor allem auch deshalb, da es mir nicht ganz klar ist, wie die Überschrift in besagter Gratiszeitung ‚Vorbildlicher Pflanz‘ zu verstehen ist.

Dies um so mehr, als am Montag in einer Tageszeitung wenig Erfreuliches von der Szene am Hauptplatz nachzulesen war. So soll am Sonntag-Nachmittag bei einem Konzert auf dem Hauptplatz ein 22-jähriges alkoholisiertes Punkerpärchen gewirbelt und in der Folge Polizisten attackiert haben. Durch Tritte mit Stahlkappenschuhen wurden die Beamten verletzt, einer musste sogar ins Unfallkrankenhaus eingeliefert werden.

Irgendwie passt der verletzte Polizist nicht in das hübsche Bild vom Setzen der Tannen. Ich frage mich daher, wo jetzt der Pflanz tatsächlich liegt. Da ich nicht annehme, dass Sie als geschulte Pädagogin die Auffassung vertreten, dass alkoholisierte und wild um sich tretende Jugendliche durch Gartenarbeit zur Räson gebracht werden können, interessiert es mich sehr, welche Projekte und Überlegungen in Ausarbeitung sind.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

F r a g e :

Welche konkrete Maßnahmen sind geplant? (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Werter Herr Gemeinderat! Ich möchte vorausschicken, mir ist natürlich, mir und meinen Mitarbeitern, Mitarbeiterinnen ist natürlich die Problematik der Situation am Hauptplatz durchaus bewusst, ich möchte nichts herunterspielen..

Zwischenruf GRin. Potzinger: Ist ja unübersehbar.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ..ich möchte nichts beschönigen und ich möchte natürlich auch Verunsicherungen von Menschen, die durch diese Situation entstehen, durchaus respektieren und ernst nehmen. Nicht respektieren, ernst nehmen natürlich schon, aber nicht respektieren möchte ich jene politischen Aussagen und jene politischen Handlungen, die diese Unsicherungen eher noch schüren als zur Deeskalierung beizutragen, soviel vorweg. Bevor ich zu den von dir nachgefragten konkreten Schritte komme, möchte ich ein bisschen etwas über diese Pflanzaktion, eine soziale Aktion, wie ich meine, erzählen und darauf eingehen. Zunächst vorbildlicher Pflanz ist natürlich nicht ein Titel, der von mir gewählt wurde, sondern vom Redakteur des Grazer, wie du ja angemerkt hast, und ich habe natürlich auch auf diesen Titel keinen Einfluss. Wenn du gerne wissen möchtest, was der Redakteur damit gemeint hat, dann würde ich empfehlen, ihn persönlich zu fragen. Die eigentliche Frage ist aber natürlich, worum geht es bei dieser Aktion? Der Verein Hauptplatz aktiv, der ja schon seit vielen Jahren sich auch immer wieder in intensiver Vernetzung und Kooperation mit dieser Situation auseinandersetzt...

Zwischenruf GRin. Gesek: Man merkt nur nichts davon.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...und auch Überlegungen anstellt, schenkte städtischen Kindergärten rund 30 Tannen, lebende Tannen, die in der Vorweihnachtszeit am Hauptplatz waren und wir haben gesagt, also das Jugendamt, wir werden diese Tannen zur Verteilung bringen in Kindergärten. Der Kindergarten Rosenhain, der gerade jetzt so einen Sinnesgarten entwickelt hat, war also der erste Kindergarten, wo wir diese Tannen gepflanzt haben. Die Tannen wurden eingepflanzt unter der Kooperation von Othmar Pfeiffer, Referat für soziale Dienste, und seinem Kollegen Joe Eder vom „Langzeitarbeitslosen Menschen“, unter anderem Punks, die über den Verein Erfa, Erfahrung für Alle, stundenweise Beschäftigung gefunden haben und dort, so jedenfalls meine und unsere Hoffnung, erste Schritte zurückgehen können in den Arbeitsmarkt, in den regulären Arbeitsmarkt. Ich habe als Sozialstadträtin gemeinsam mit Herrn Piber, dem Obmann des Vereines Hauptplatz aktiv und

Besitzer, ist eh bekannt, wer er ist, eben eingeladen auch Journalisten/Journalistinnen zu dieser Aktion und ich möchte dazu sagen, es war schon sehr interessant zu beobachten, wieso überhaupt keine Berührungsängste wahrzunehmen waren zwischen den Kindern und den bunt gekleideten Jugendlichen und bei unserem Geschmack natürlich ungewöhnlich aussehenden jungen Männern. Aber was die von dir angesprochene Verletzung eines Polizisten am letzten Wochenende am Grazer Hauptplatz betrifft, so wurde mir von meinen Mitarbeitern berichtet, dass es sich dabei eben nicht um jene Menschen gehandelt hat, die regelmäßig von unserem sozialarbeiterischen Team betreut werden, die in diese Arbeitsprojekte eingebunden sind, sondern da gibt es so den Begriff, neben eben jenen Menschen, die wir ständig betreuen, die so genannten Freizeitpunks, also Menschen, die durchaus auch einer Arbeit nachgehen, die durchaus in die Schule gehen, aber am Nachmittag sich auch dort dazugesellen, um eben ihre Bühne zu haben und aufzufallen. Es ist richtig, wie du sagst und das möchte ich sehr ernst nehmen, dass der verletzte Polizist nicht in das hübsche Bild vom Setzen der Tannen passt. Für mich ist aber mindestens genauso richtig, dass wir einen Großteil der Diskussion, die wir haben rund um die Hauptplatzszene, nicht einer allgemein vorhandenen sozialen und sozialpolitischen Verantwortung in dieser Stadt verdanken, sondern auch der Tatsache, dass die Menschen, die sich dort aufhalten, mit der Art und Weise, wie sie leben, nämlich nicht nur am Hauptplatz, sondern auch sonst, mit der Art und Weise, wie sie sich gebären und wie sie eben auch zeigen, was auch sonst noch in unserer Stadt und unserer Gesellschaft da ist an abweichendem Verhalten, dass die halt auch nicht in das Bild unserer hübschen Stadt passen und in das Bild unserer reichen Gesellschaft und dieses Bild stören. Und die Frage, die sich daraus meiner Meinung nach ableiten lässt, lautet: Wollen wir den eigentlich alles aus dem Weg räumen und aus dem Blick räumen, was unsere schönen Bilder stört oder nützen wir diese Widersprüchlichkeiten und Gegensätzlichkeiten, um hinter die Bilder zu sehen und nachzufragen, was sind denn eigentlich die gesellschaftlichen Ursachen, die zu dieser Situation führen und wo sind den die komplexen Lösungsansätze, damit Menschen aus dieser Situation wieder herausfinden können? Wir beide würden wahrscheinlich die Frage unterschiedlich beantworten und Faktum ist, und das kann man nicht oft genug sagen, Herr Gemeinderat Korschelt, wir reden, wenn wir von dieser Gruppe von Menschen am Hauptplatz reden, von Menschen jüngeren und älteren Menschen, die vom

gesellschaftlich erwarteten Verhalten abweichen, wir reden von Menschen, die die Gründe für dieses Abweichen natürlich nennen könnten und auch nennen, wenn wir mit ihnen ins Gespräch kommen und wir reden von Menschen, die für uns auch Anlass sein sollten, über diese Gründe nachzudenken, sie zu sammeln, sie zu diskutieren, um daraus unsere Schlüsse zu ziehen. Auch ich könnte viele gute Gründe und Ursachen anführen, das würde den Rahmen dieser Diskussion und dieser Anfrage, das ist ja keine Diskussion, dieser Anfrage sprengen, wird ja möglicherweise in einem anderen Tagesordnungspunkt noch Zeit haben. Faktum ist natürlich auch, das ist schon richtigerweise angesprochen, nicht in allen, aber doch in einigen dieser Menschen steckt ein gewisses Potential an Aggression, so wie übrigens auch in vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen, ich erinnere daran, dass etwa das Aggressionspotential bei jenen Menschen, die Gewalt in der Familie anwenden, durchaus mindestens gleich ausgeprägt ist in der Oberschichte wie in anderen gesellschaftlichen Schichten (*Applaus SPÖ*). Und du hast schon Recht, wenn du sagst, dass ich als geschulte Pädagogin natürlich nicht so naiv bin zu meinen, dass ich diese Menschen durch Gartenarbeit zur Räson bringen kann, wobei ich sagen muss, das Wort Räson stört mich im Zusammenhang mit dieser Diskussion mindestens genauso wie die denunziative Verwendung des Begriffes Sozialromantiker, weil das sind nämlich alle Menschen, die soziale Verantwortung spüren und wahrnehmen (*Applaus SPÖ*). Aber ich möchte schon daran erinnern, ich bin Sozialpolitikerin und meine Aufgabe als Sozialpolitikerin ist es nicht, Menschen zu Räson zu bringen, das ist die Aufgabe der Polizei. Mein Ziel ist es nicht, Menschen zu disziplinieren, das ist die Aufgabe der Exekutive, mein Ziel und meine Aufgabe ist eine verantwortungsvolle, langfristig denkende Sozialpolitik und ich sage bewusst langfristig denkend, weil natürlich ganz klar ist, dass die Maßnahmen, die wir setzen, nicht dazu führen, dass die Menschen am nächsten Tag sich nicht mehr am Hauptplatz aufhalten, sondern da braucht es einfach längere Wege und längere Schritte.

Zwischenruf GRin. Gesek: Das darf nicht wahr sein.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Meine Überlegungen gehen dahin, dass ich mit meinem Team gemeinsam mit meinen höchst engagierten Mitarbeitern, sie stehen da oben und sie hören sehr sensibel zu und sie verdienen unseren Applaus, (*Applaus SPÖ und GR. Dr. Piffli-Percevic*), dass wir den Menschen, von denen wir hier reden, und leider in einer oft viel zu abwertenden Art und Weise, das bieten, was sie oft in ihrem Leben nicht gehabt haben und was sie eben auch in der Gruppe zu kriegen hoffen und suchen.

Zwischenruf GRin. Gesek: Am besten du nimmst alle mit zu dir nach Hause.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Kontinuierliche Beziehungsangebote, Menschen, die da sind und sie so respektieren, wie sie sind mit alle ihren Fehlern und Schwächen und Auffälligkeiten und Abweichungen. Kontinuierliche Angebote für Beschäftigung, Angebote zur Sinnfindung, Angebote, um ihr Selbstwertgefühl zu steigern.

Zwischenruf GRin. Gesek: Ist das eine Unterrichtsstunde?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Nicht alles, was du nicht verstehst, ist ein Unterricht, Frau Gemeinderätin Gesek (*Applaus SPÖ*). Außerdem gibt es Schüler, die lernen und solche, die sind lernresistent.

Zwischenruf GR. Schönegger: Thema verfehlt.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Dass die Chancen wahrgenommen werden von diesen Menschen, wirklich, es geht mir ums Türenöffnen, dass die Chancen wahrgenommen werden, das zeigt die Tatsache, dass an manchen Tagen zwischen...kannst du deine Gemeinderätin einmal stoppen, bitte, es ist unerträglich.

Zwischenruf GRin. Krampfl: Wir schließen uns der Bitte an.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich muss mir jetzt wirklich diese Anmerkung erlauben, in dieser ganzen Gruppe von Menschen, die da unten am Hauptplatz ist, steckt nicht so viele Aggressionspotential, wie in Einzelnen von uns hier herinnen, das ist ja wirklich unerträglich (*Applaus SPÖ*). Dass die Chancen wahrgenommen werden, zeigt die Tatsache, dass zwischen 30 und 40 Menschen oft dieser Gruppe stundenlang arbeiten, ihren Ressourcen entsprechend, dort wo wir ihnen etwas anbieten. Aber natürlich wäre es sinnlos zu glauben, nur weil sie am Vormittag arbeiten, werden sie am Nachmittag den Gefährdungen unserer Gesellschaft nicht mehr ausgesetzt und ihren schwierigen abweichenden Verhaltensweisen, das gilt übrigens auch für andere Gesellschaftsgruppen. Am Vormittag arbeiten sie fleißig und am Nachmittag saufen sie sich an, zum Beispiel bei unseren Adventständern am Hauptplatz, aber auf das komme ich noch. Also ich gehe davon aus, und das entspricht meinem Menschenbild und meinem Begriff von Menschenwürde, ich gehe davon aus, dass nicht alle, aber dass der eine oder die andere dieser Gruppe von Menschen die Chance nützt und tatsächlich viele kleine Schritte wieder zurück in die Mitte macht, in die Mitte der Gesellschaft. Was die nächsten Schritte anbelangt, wir sind jetzt dabei, ein Konzept fertig zustellen für ein EU-Projekt, Wege aus der Sozialhilfe, Herr Gemeinderat, ich lasse es dir gerne zukommen, wir könnten zwei Millionen Euro damit lukrieren, um Beschäftigungsangebote in dieser Stadt zu finden und zu akquirieren für Menschen, die derzeit...

Zwischenruf GR. Schönegger: Was machen wir mit den anderen.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Fragen Sie die Bundesregierung, ihre, was sie gemacht hat, um die Arbeitslosigkeit...

Zwischenruf GR. Schönegger: Da brauchen wir keine Sozialstadträtin.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Wenn diese Bundesregierung so weiterarbeitet, braucht die Stadt Graz in den nächsten Jahrzehnten drei Sozialstadträtinnen und zehnmal so hohe Sozialbudgets, damit wir wissen, wovon wir reden (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Darf ich daran erinnern, dass es sich um eine Fragestunde handelt, kurze Antwort, kurze Fragen.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Herr Gemeinderat, das lasse ich dir zukommen. Ich erzähle dir nicht alles persönlich, wir werden eh noch diskutieren.

Mag. **Korschelt:** Danke Frau Stadträtin (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Mir war das Ganze noch ein bisschen zu weit entfernt, zu philosophisch, ich würde gerne konkret wissen, welche Schritte sind geplant, weil, mir nur ein Konzept zu geben, das aus sieben oder acht Seiten besteht und sagt,

dass man wahrscheinlich einmal ein EU-Geld kriegt, das ist mir, ehrlich gesagt, zu wenig. Was macht man jetzt mit den Leuten, das möchte ich jetzt gerne wissen?

StRin. **Kaltenbeck-Michi**: Ich habe schon gesagt, die konkreten Schritte jetzt alle aufzuzählen, würde die Anfrage sprengen, ich werde das tun...

Zwischenruf GRin. Potzinger: Wir wollen das wissen.

StRin. **Kaltenbeck-Michi**: Also wie ihr gut künstlich die Empörungsspirale hochdrehen könnt, das ist unglaublich, das macht am Hauptplatz und da herinnen auch, sensationell. Wir haben heute noch einmal auf Grund Ihrer tollen Initiative, Herr Gemeinderat, die Gelegenheit über dieses Thema zu reden. Ich werde mich noch einmal melden, werde im Detail alle Vorhaben und Schritte referieren, die Frau Gemeinderätin darf dann nur nicht sagen, dass ich wieder unterrichte, und die Wahrheit ist den Menschen zumutbar und sechs Seiten Konzept zu lesen ist auch einem Gemeinderat zumutbar (*Applaus SPÖ*).

4) Rollstuhlgerechte Ausbildung der Ausstiegsstelle des Schloßbergliftes und der daran anschließenden Wege

GR. **Hohensinner** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Meine Frage betrifft eine rollstuhlgerechte Ausbildung der Ausstiegsstelle des Schloßbergliftes und der daran anschließenden Wege. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler, sehr geehrte Fußgängerinnen und Fußgänger! In meiner tagtäglichen Arbeit

sehe ich sehr oft, dass die Gesellschaft Menschen behindert macht. Aus meiner Sicht hat die Politik den wichtigen Auftrag, durch Rahmenbedingungen diesen Missstand bestmöglich zu unterbinden. Unsere Hauptattraktion, der Schloßberg, ist jetzt zwar mit einem Lift erreichbar, doch möchten RollstuhlfahrerInnen das Cafe Aiola aufsuchen beziehungsweise den Uhrturm besichtigen, sieht sich der auf einen Rollstuhl angewiesene körperbehinderte Mensch mit einer unüberwindbaren Barriere konfrontiert.

Der schmale Weg von der Ausstiegstelle zum Cafe ist mit Schotter geebnet. RollstuhlfahrerInnen können aus eigener Kraft diesen Weg kaum bis gar nicht überwinden, da die Reifen auf diesem nicht festen Weg durchdrehen und versinken. Es haben viele Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer festgestellt, das habe ich festgestellt und auch die Frau Gemeinderätin Gerti Schloffer. Genau auf dieses Problem habe ich dich, sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler, am 2. Juli 2003 in Briefform aufmerksam gemacht, ich sah von einem Antrag im Gemeinderat ab, da ich dachte, für diesen Missstand eine gemeinsame schnelle Lösung zu finden. Über zweieinhalb Monate habe ich dann auf eine Antwort warten müssen und in einer Mail hast du mir mitgeteilt, dass du den Weg in einer Gesamtlösung befestigen wirst. Aber bis zum heutigen Tag wurde von dir aus nichts unternommen.

Im Winter hatte sich der Zustand des Weges kurzzeitig gebessert, da die kleinen Steine gefroren waren. Durch die vielen Fußgänger befestigte sich der Weg nur sehr geringfügig.

Anfang dieser Woche machte mich ein Rollstuhlfahrer aufmerksam, dass diese Barriere noch nicht behoben ist. Durch einen von mir persönlich durchgeführten Lokalaugenschein wurde diese Beobachtung leider bestätigt.

Außerdem, und das werde ich Ihnen nachher gleich auf Bildern zeigen, ist noch eine weitere Barriere dazugekommen. Im hinteren Teil vom Cafe Aiola ist die Behindertenrampe, das ist schon ein bisschen unlogisch, weil eigentlich sollte Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer auch dort reingehen können, wo auch nicht behinderte Menschen ins Cafe gehen. Bitte, wenn Sie genau zuhören, weil im letzten Gemeinderat waren Sie so arg drauf, kann ich einmal sagen, dass Sie bei einer Streichung einer Subvention für das No-Problem-Orchester applaudiert haben und,

bitteschön, passen Sie auf, ich glaube so eine Peinlichkeit ersparen wir uns (*Applaus ÖVP*). Ich habe Ihnen, dass Sie das noch besser sehen können, Bilder mitgebracht und zwar das ist der Schotterweg mit Tiefgang, deswegen habe ich auch Ihrem Stadtrat einen Brief geschrieben, dass es einfach so macht, das war ja kein Problem, es war ja auch kein Angriff am Anfang. Wenn Sie den Rollstuhl da sehen, die kleinen Reifen stellen sich quer und den Rollstuhlfahrern, speziell Leute mit Spasmus, die haben nachher keine Chance, sich vorwärts zu bewegen. Nächstes Bild sieht man das Cafe Aiola in Schneckenperspektive und diese Perspektive hat, glaube ich, das ist jetzt auch so zu bemerken, der Stadtrat Riedler in diesem Jahr eingenommen. Da, wenn Sie vorne sehen, das ist der Zugang des Cafes Aiolas, das ist eine große Kante, das schafft der Rollstuhlfahrer ganz einfach nicht. Wurde die rollstuhlgerechte Rampe, im hinteren Bereich sehen Sie die Rampe, da ist eine Eisdielen hingebaut worden, also das ist eine Liegenschaft der Stadt Graz, also denke ich, müsste man da als Referent genau hinschauen, ob man so etwas erlaubt oder nicht. Hier noch einmal genauer, hier probiert der Alex, ein Freund von mir, diese Barriere trotzdem zu überwinden, das ist ihm leider nicht gelungen.

Daher stelle ich an Dich, sehr geehrte Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

bist du jetzt bereit, die zuständige Magistratsabteilung, A 8/5 – Liegenschaftsverwaltung, zu beauftragen, eine geeignete Befestigung der Ausstiegsstelle sowie des Weges vom Schlossbergliftes zum Cafe beziehungsweise Tor des Areals, z.B. mit Gitterrostplatten oder Steinplatten, zu schaffen und die Rollstuhlrampe wieder zugänglich zu machen, damit Menschen mit einer Behinderung ein barrierefreier Zugang des Schlossberges ermöglicht werden kann (*Applaus ÖVP*)?

Zwischenruf GRin. Edlinger: Aber der Lift ist schon zur Amtszeit vom heutigen Bürgermeister gebaut worden.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Die Liegenschaftsverwaltung hat sich auf die Anfrage und in meinem Auftrag betreffend Schlobergcafe Aiola Lift, Behinderten-WC-Anlage umgehend mit der Stadtbaudirektion, Referat für barrierefreies Bauen, kurzgeschlossen. Es wurde auch ein Begehungstermin durchgeführt. Zu diesem Zweck wurde auch Herr Peter Pendl, ein Rollstuhlfahrer, eingeladen, um auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Rollstuhlfahrer reagieren zu können. Zufälligerweise hielten zum Zeitpunkt dieser Begehung sich weitere zehn Rollstuhlfahrer an diesem Platz auf und das ist eine Frequenz, die bei Schönwetter durchaus gar nicht ungewöhnlich ist. Eine behindertenfreundliche und von allen Projektbeteiligten akzeptierte Lösung ist die Befestigung des Zufahrtsbereiches vom Lift entlang der Westseite der Terrasse bis zum Behinderten-WC. Dies würde den Rollstuhlfahrern ein barrierefreies Erreichen des Terrassenareals und der WC-Anlagen ermöglichen. Diese Lösung würde außerhalb der Öffnungszeiten des Cafes Aiola die Benützung der WC-Anlagen ermöglichen, also ein weiterer Vorteil. Eine Bodenversiegelung findet durch diese Baumaßnahme nicht statt und könnte sich diese Maßnahme sehr harmonisch auch ins Gestaltungsbild der Außenanlage einfügen. Die erforderlichen Baumaßnahmen bedürfen entsprechender baurechtlicher und naturschutzrechtlicher Verfahren und könnten mit einem Kostenaufwand von zirka 20.000,- Euro zur Umsetzung gelangen. Diese 20.000,- Euro waren im letzten Budget nicht vorgesehen auch von meinem Vorgänger als Finanzreferenten nicht, und jetzt muss ich eines sagen, die 20.000,- Euro hätten wir uns ersparen können, wenn der damals zuständige Finanz- und Liegenschaftsreferent, der dieses Projekt in Auftrag gegeben hat, sich an die Regeln für barrierefreies Bauen im öffentlichen Bereich in Graz gehalten hätte, dann hätten wir uns das alles ersparen können (*Applaus SPÖ*). Dann könnten wir uns das Geld ersparen, dann hätten wir diese Maßnahmen auch schon längst setzen können. Wir sind in einem Kontakt mit den zuständigen Referat und es müssen natürlich die Finanzmittel dafür auch zur Verfügung gestellt werden, was erst ich mit diesem Budget getan habe, mein Vorgänger leider nicht. Es ist natürlich auch im Zusammenhang mit Bauen im öffentlichen Bereich, vor allen im Freien notwendig, dass man es zu einer Jahreszeit macht, bei der das möglich ist und die Frostfreizeit eingetreten ist, daher können diese Maßnahmen jetzt auch umgehend umgesetzt werden, so wie viele andere Maßnahmen, die ich erst im Nachhinein korrigiert habe. Ich denke nur an die Zufahrt zum Dom im Berg, der ja leider auch nicht in einer ordentlichen Art und Weise ausgebaut worden ist von den zuständigen Vorgängern.

Daher siehst du, wie sehr ich mich um diese Angelegenheiten bemühe und auch trotz knapper Budgets zur Umsetzung bringe. Ich finde es nur etwas merkwürdig, wenn ein Vertreter jener Partei, die diese Dinge versäumt hat, dann ständig Fragen stellt, warum sie noch nicht fertig sind (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Die eine Geschichte ist, wenn es ein Architekt nicht einplant, ist es wirklich schade, aber die andere Geschichte ist, wenn ich vor einem Jahr einen Brief schreibe und ein Jahr lang nichts passiert ist,...

Zwischenruf GRin. Gesek: Hört, hört.

GR. **Hohensinner**: ...obwohl ich, und deswegen bin ich auch im Gemeinderat, das ist meine Arbeit, darauf hinweise,...

Zwischenruf GRin. Gesek: Und er tut trotzdem nichts.

GR. **Hohensinner**: ...wenn das dem Stadtrat bewusst ist, dass ein Jahr nichts passiert, dann ist das Versäumnis, sage ich einmal (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Riedler**: Das ist keine Frage, sondern eine Feststellung, aber ich fasse es als Frage einmal auf. Das Erste ist,...

GR. **Hohensinner**: Ich bin noch nicht fertig. Die Zusatzfrage kommt schon, hängt auch mit dem Schloßberg zusammen, weil der soll wirklich für alle Menschen zugänglich sein, speziell auch der Uhrturm, und vor zirka zwei Jahren haben wir so ein Projekt gemacht, wo man eine Uhrturminiatur geschaffen hat, dass blinde Menschen mittels ihres Tastsinnes auch die Kultur wahrnehmen können. Ich habe das auch fotografiert, ich habe das beobachtet, ich bin sehr oft am Schloßberg, weil ich Graz liebe, weil ich den Schloßberg liebe und da habe ich festgestellt, dass jetzt über ein Monat lang der Bereich, wo der Uhrturmschatten gestanden ist, eingezäunt war, sicherlich, man muss das einzäunen, wenn es wegkommt, aber ich habe beobachtet, dass drei Wochen lang dort nichts passiert. Jetzt werden die Pflastersteine ausgewechselt, jetzt muss man was machen. Aber dass drei Wochen da blinden Menschen das genommen wird, verstehe ich nicht ganz, ich finde, dass der Uhrturm zu begreifen auch von dir mehr Augenmerk verdient und vielleicht könnte man das in der Zukunft besser berücksichtigen. Aber ich sage einmal danke, dass du das umsetzt, endlich. (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Riedler**: Ich bin immer wieder bereit, Fehler vom Vorgänger zu korrigieren, auch in diesem Fall. Naja, es ist leider so, dass die Maßnahmen, die da gesetzt werden müssen, tatsächlich Zeit in Anspruch nehmen.

Zwischenruf GRin. Gesek: Na so was.

Dr. **Riedler**: Ich kann nur versichern, dass meine Ämter mit äußerstem Fleiß dran sind, diese Dinge zu korrigieren, die zu korrigieren sind. Und das geschieht auch, es muss auch das Geld dafür vorhanden sein, und der zweite Punkt ist der, es ist eigentlich wieder eine eigene Frage, aber ich würde dir sehr gerne die Antwort dann auch schriftlich geben, damit das auch entsprechend vorbereitet sein kann, mit welchen Problemen wir im Zusammenhang mit der Wiederherstellung, die ja nicht in

unserem Bereich liegt, sondern die von der abtragenden Firma und vom Eigentümer des Uhrturmschattens durchzuführen ist, zu kämpfen haben. Ich finde die Idee mit diesem Greifobjekt hervorragend und wir werden so schnell wie möglich dafür Sorge tragen, dass es wieder zugänglich wird (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat! Bin trotzdem stolz, was wir in den letzten fünf Jahren gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten in Graz geschafft haben,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Nicht immer barrierefrei.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es wird uns immer wieder wo eine Barriere im Wege stehen und ich hoffe, dass wir es hinkriegen.

5) Ausbauvorhaben öffentlicher Verkehr

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher folgende Frage:

Dr. **Getzinger**: Wird Ihnen niemand nehmen den Stolz, Herr Bürgermeister! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Beteiligung des Landes Steiermark und des Bundes an der Finanzierung des Grazer Ausbauvorhabens im Bereich öffentlicher Verkehr ist für dessen Realisierung unabdingbar. Die Ende letzten Jahres im Gemeinderat beschlossene Prioritätenreihung der Ausbaumaßnahmen im Bereich des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs erfüllt die grundsätzliche Forderung des

Landes, nur integrierte konsensuell von der Stadt Graz getragene Maßnahmenpakete verhandeln zu wollen.

Nun gilt es also, konkrete Schritte in Richtung des von Ihnen auch öffentlich propagierten, von der Stadt, Land und Bund zu finanzierenden Verkehrsinfrastrukturfonds, VIF genannt, zu setzen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e :

Wie ist der Stand der Verhandlungen mit Land und Bund zur Einrichtung des von Ihnen vorgeschlagenen Verkehrsinfrastrukturfonds?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Es fällt auf, dass Sie mir immer wieder Fragen stellen, zunächst unter Betonung und Gutheißung der beschlossenen Ausbaumaßnahmen, die jetzt finanziert werden müssen. Und Sie stellen mir immer wieder Fragen zu dieser Finanzierung und ich möchte das doch hier klar festhalten, dass die Sicherstellung der finanziellen Mittel nicht einfach meine Aufgabe ist. In dem Zusammenhang muss ich oder möchte ich gerne darauf hinweisen, dass Ihre Frage unvollständig ist, es geht hier bei dem von mir vorgeschlagenen Verkehrsinfrastrukturfonds nicht einfach darum, beim Land und beim Bund hier die Mittel zu besorgen, sondern es geht in erster Linie darum, sie in der Stadt Graz sicherzustellen. Ich habe den Vorschlag des Verkehrsinfrastrukturfonds, den ich für sehr vernünftig halte, in die Budgetverhandlungen miteingebracht, aber dort wurden diese Forderungen gestrichen. Sie dürfen dreimalfragen, von wem. Weshalb sollte ich deshalb über diesen Fonds mit Bund und Land verhandeln, wenn es nicht einmal gelingt, hier in der Gemeinde diese Idee umzusetzen? Wenn Ihre Frage ein Hinweis darauf ist, dass sich die Meinung der SPÖ zu diesem Vorschlag geändert hat, dann würde mich das sehr freuen, ich bin da selbstverständlich gerne bereit, darüber zu verhandeln. Ich kann es noch einmal sagen, ich hielte es für eine gute Idee. Ich möchte gerne Ihre Frage auch noch in einem weiteren Bezug beantworten, den Sie

möglicherweise auch gemeint haben, das ist die Frage, wie weit eben die Gespräche gegangen sind bei Land und Bund, nicht zu den Fonds, sondern insgesamt zur Finanzierung des Ausbaupaketes. Wir haben einige Termine im Land gehabt und zwar sowohl auf politischer Ebene sowie auf Beamtenebene; vor zwei Wochen letztmalig das Gespräch bei der Frau Landeshauptmann, bei dem vereinbart worden ist, dass ich zunächst alle Verkehrssprecher vom Land und von der Stadt Graz zu mir zu einem Gespräch einlade und zur Vorstellung der Ideen und dass wir danach relativ rasch auf Landesebene zu einem Verkehrsgespräch einladen. Es hat gemeinsam mit dem Bund in Graz bei mir Gespräche gegeben mit dem zuständigen Mitarbeiter aus dem Büro von Minister Gorbach, dem Herrn Santer und von Bundesbeamten und auch den entsprechenden Landesbeamten und der Stadtbaudirektion, hier wurde ein Vorgehen ausgemacht, wie am besten über einzelne Projekte, die in diesen Ausbaumaßnahmen drinnen sind, wir zu einer Lösung kommen können. Ich war auch insgesamt inzwischen zweimal beim zuständigen Staatssekretär Kukacka und habe gestern an einer parlamentarischen Enquete der ÖVP über Nahverkehrsfinanzierung teilgenommen, an der selbstverständlich die Finanzierung in Graz ein Schwerpunkt war. Insgesamt möchte ich einfach Folgendes sagen, es ist ein bisschen schwer für diese Finanzierung zu kämpfen, wenn der Partner ein Finanzstadtrat ist, der einfach den Eindruck macht, als wäre er an diesem Projekt nicht wirklich interessiert (*Applaus ÖVP*). Ich möchte das jedenfalls so festhalten, ein Kampf Schulter an Schulter, um gemeinsam beim Bund und Land Mittel zu bekommen, ist es jedenfalls nicht (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Getzinger**: Ich möchte mich nicht in Ihre Beziehungen im Rahmen der Stadtregierung einmischen, das ist außerhalb meiner Kompetenz. Ich freue mich natürlich, dass Sie bereit sind, die Verkehrssprecher im Gemeinderat einzubeziehen und zu informieren, intensiver zu informieren über diese Gespräche. Sie haben das angekündigt, darüber hinaus teile ich Ihre Ansicht, dass hier Schulter an Schulter vorzugehen ist, dass der Finanzstadtrat einbezogen werden muss...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Einbezogen werden muss, das wäre nett.

Dr. **Rüsch**: ...aber natürlich nachdem es sich um Ausbaumaßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs, also in Ihrem Zuständigkeitsbereich handelt, Sie hier auch die Federführung übernehmen müssen bei diesen Verhandlungen. Wenn nicht überhaupt diese Verhandlungen auf der höchsten Ebene stattfinden müssen, also auf der Ebene Landeshauptfrau beziehungsweise Bürgermeister und zuständiger Verkehrsminister, das scheint mir hier angebracht zu sein. Also ich habe am Beginn Ihrer Wortmeldung den Eindruck gewonnen, dass Sie ein wenig gekränkt sind, warum ich hier immer wieder nachfrage, ich hoffe das missverstanden zu haben. Habe ich es missverstanden?

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Rüsch**: Das würde ich trotzdem gerne beantworten. Ich fasse es durchaus als Unterstützung auf, auch von Ihrer Seite und Sie wissen das auch aus unseren persönlichen Kontakten. Aber ich kann es noch einmal sagen, es ist einfach schwer, denn hier, Sie haben es ja selber gesagt, ist nur dann etwas zu holen, wenn es wirklich Schulter an Schulter ist. Es hat auch Termine gegeben, an denen der Finanzstadtrat nicht teilgenommen hat, beim Land da waren Sie sein guter und wichtiger Vertreter, ich war dort. Also was aus meiner Sicht fehlt, das ist das Engagement, das ist das Engagement, dass man diese Projekte tatsächlich umsetzen will und das ist nicht mein privates Engagement. Was mir manchmal etwas vorkommt, als wären diese Projekte mein privates Hobby, das ist es sicherlich nicht, ich glaube, dass sie wichtig sind für die Stadt und es geht eben nur gemeinsam. Wir haben auf unserer Ebene sicherlich diese Gemeinsamkeit, das möchte ich durchaus betonen, Sie unterstützen das auch sehr, aber es geht hier sicherlich um eine gesamte Gemeinsamkeit (*Applaus ÖVP*).

6) Sperrstunde Gastgärten – Gewerbeordnung

Grin. **Felbinger** stellt an StR. Eisel-Eiselsberg folgende Frage:

Grin. **Felbinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, meine Damen und Herren! Meine Frage betrifft die Sperrstundenregelungen in den Gastgärten im Hinblick auf die Gewerbeordnung. Die Sperrstunde der Gastgärten auf öffentlichem Gut wurde in den Gestattungsverträgen für dieses Jahr gegen eine Mehrheit im Stadtsenat wieder auf 23.30 Uhr festgelegt. Zudem noch wurde 23.30 als Kompromiss bezeichnet. Vielmehr jedoch wäre 23.00 Uhr für die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung bereits ein Kompromiss, wenn man die Stellungnahme des Umweltamtes vom 6.12.1999, die Schallpegelmessungen vom August 2003 sowie das medizinische Gutachten des Gesundheitsamtes berücksichtigt. Diese Untersuchungen belegen, dass §113 Abs. 5 der Gewerbeordnung anzuwenden ist (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Dieser verpflichtet die Gemeinde, eine frühere Sperrstunde vorzuschreiben, wenn erwiesenermaßen die Nachbarschaft wiederholt durch ein nicht strafbares Verhalten von Gästen vor der Betriebsanlage des Gewerbebetriebes unzumutbar belästigt wird beziehungsweise wurde, da die Grenze der zumutbaren Störung bei Nacht laut Ö-Norm S-5004 auch bei ordnungsgemäßigem Betrieb deutlich überschritten wurde und wird.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie die folgende

Frage:

Warum wurde der §113 Abs. 5 der Gewerbeordnung nicht angewendet?

StR. Eisel-Eiselsberg: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Der § 113 Abs. 5 der Gewerbeordnung wurde deshalb nicht angewendet, weil dies aus der Sicht der zuständigen Juristen rechtlich nicht möglich ist. Es ist zwar zutreffend, dass die Gemeinde eine spätere Aufsperrstunde oder eine frühere Sperrstunde vorzuschreiben hat, wenn die Nachbarschaft wiederholt durch ein nicht straffreies

Verhalten von Gästen vor der Betriebsanlage des Gastgewerbes unzumutbar belästigt wurde oder wenn sicherheitspolizeiliche Bedenken bestehen. Diese Sperrstundenregelung umfasst dann aber den gesamten Gewerbebetrieb und nicht nur den Gastgarten allein. Die Sperrstunde selbst ist aber durch die Sperrzeitenverordnung des Landeshauptmannes mit 2.00 Uhr früh beziehungsweise 5 Uhr früh festgesetzt. Diese bildet einen Rahmen für die Gewerbeausübung. Würde man nun, wie Sie vorschlagen, den § 114 Abs. 5 anwenden und die Sperrstunde mit 23.00 Uhr festlegen, so müsste der ganze Betrieb, also auch das Lokal selbst und nicht nur der Gastgarten, um 23.00 Uhr schließen. Dem gegenüber stehen die im § 112 Abs. 3 der Gewerbeordnung geregelten Betriebszeiten der Gastgärten, die nach der Verordnung des Landeshauptmannes in der Zeit vom 15. Juni bis 15. September bis 24.00 Uhr garantiert sind. Diese, auch von den Höchstgerichten bestätigte, Betriebsgarantie der Gastgärten im Hinblick auf die Immissionsart Lärm kann nur durch eine Novellierung dieser Gesetzesbestimmung oder der dazu erlassenen Verordnung abgeändert werden. Das ist eine Spezialnorm, die den allgemeinen Bestimmungen des § 113 Abs. 5 der Gewerbeordnung übergeordnet ist. Und aus diesem Grund ist der von Ihnen vorgeschlagene Lösungsweg nicht anwendbar (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Felbinger**: Keine Zusatzfrage. Ich finde es schade, ich hoffe, dass es weiterhin in diesem Haus intensive Diskussionen zu dieser Problematik geben wird und ich hoffe, dass wir in der nächsten Zeit einmal einen lebhaften Kompromiss für alle Beteiligten in dieser Angelegenheit finden werden (*Applaus KPÖ*).

7) Finanzverhandlungen für ÖPNV – Ausbau

GRin. **Rücker** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Ich bin ja froh, dass ich die Frage noch ausgeht, weil sie so schön etwas aufdeckt, was in diesem Haus momentan leider regelmäßig stattfindet. Der Herr Kollege Getzinger hat zuerst eine Anfrage gestellt an den Herrn Kollegen Rüschi, ich darf jetzt eine Anfrage stellen an den Kollegen Riedler. Die Frage ist eigentlich dieselbe, es geht um die Frage, wie die Finanzverhandlungen mit Bund und Land stehen, um den ÖPNV in Graz endlich auszubauen. Und der liebe Herr Finanzstadtrat, lieber Wolfgang, du wirst mir antworten, dass diese Antwort eigentlich vom Herrn Kollegen Rüschi kommen sollte, beziehungsweise sogar vom Bürgermeister, und dieses Hin- und Herweisen von politischer Verantwortung ist ja in diesem Haus inzwischen sehr gebräuchlich. Leider wird es inzwischen so eng, dass es am Schluss nicht nur der Politik auf den Kopf fallen wird, das muss uns langsam bewusst werden. Wenn stimmt, was wir ständig hören, dass die Spielräume in dieser Stadt massiv sich verengen und wenn es stimmt, dass das Problem des Verkehrs und die Folgewirkungen, ich brauche wieder nur das Stichwort Feinstaub....

Zwischenruf GR. Schönegger: Zur Frage.

GRin. **Rücker**: Ich habe soviel Zeit, wie ich brauche. Feinstaub ist, eine Problemlage, die dringend behandelt gehört, dann gibt es dazu inzwischen sehr viele Absichtserklärungen und einen dringlichen Antrag, der hier herinnen abgestimmt wurde, positiv abgestimmt wurde vom 16.10. letzten Jahren, wo ein Auftrag erteilt wurde, diese Verhandlungen aufzunehmen. Und jetzt sieben Monate später fragen wir Grünen nach, was denn mit diesem dringlichen Antrag vom damals geschehen ist. Und deswegen geht die Frage auch an dich als Finanzstadtrat, da diese Verhandlungen, weil es um die Finanzen geht, wesentlich auch durch dich zu steuern sind, aber diese Frage enthebt eben niemanden in diesem Haus und da sind eben insbesondere der Bürgermeister als unser Verhandler auch auf Bundesebene momentan im Finanzausgleich etc. und der Verkehrsstadtrat gemeint, eine ernsthafte Verhandlungsführung in dieser Sache gemeinsam anzustreben. Also dieser

Schulterschluss, der gerne beschworen wird, wird endlich höchste Zeit. Und nun zu meiner

F r a g e ,

Herr Kollege, damit Sie Ihre Ungeduld zügeln können.

Welche konkreten Schritte haben Sie aufgrund des am 16.10.2003 beschlossenen dringlichen Antrags betreffend die Ausverhandlung eines Finanzierungskonzept für den Ausbau des ÖPNV gesetzt und über welche Ergebnisse können Sie dem Gemeinderat heute berichten?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich bedanke mich für die Frage, weil sie mir Gelegenheit gibt, darzustellen, dass es nicht so ist, wie der Kollege Rüschi meint, dass wir da nicht im gemeinsamen Interesse kämpfen würden. Ich möchte Ihnen zuerst einmal sagen, dass der oben von Ihnen angeführte oder von dir, entschuldige, dringliche Antrag vom 16. 10. zuständigkeitshalber von der dem Herrn Bürgermeister unterstehenden Magistratsdirektion der Stadtbauverwaltung zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen wurde. Das ist keine Verabschiedung von irgendeiner Verantwortung sondern so sind die Zuständigkeiten offenbar wahrgenommen worden. Diesbezüglich darf ich daher auf die Antragsbeantwortung zu diesem Stück, die ja bereits erfolgt ist, verweisen. Ergänzend darf ich dir aber Folgendes sagen. Erstens: In der Vereinbarung zwischen den Partnern Land Steiermark und der Stadt Graz, datiert vom 3. Juli 2002, wurde betreffend die jährlichen Finanzmittel für die Stadt Graz aus der Mineralölsteuer vereinbart, dass diese MÖST-Mittel der Stadt Graz betreffend die Jahre 2001, 2002 und 2003 projektbezogen in der Form durch das Land Steiermark abgegolten werden, sodass ein Gesamtbetrag von 6.541.000,- Euro ab dem 1.1.2003 der Stadt Graz zur Verfügung gestellt werden sollte. Von diesem Betrag wurden 1.454.000,-, welche für die Jahre 2001 und 2002 zweckgebunden für das neue Betriebsleitsystem und die dynamische Fahrgastinformation im Projekt vorgesehen wurden, in Abzug gebracht, sodass aus diesem Titel die Stadt Graz einen Betrag von 5.087.000,- erhielt. Dazu wurden von der Stadt Graz die Umsetzung folgender Projekte nachgewiesen: der Ankauf von 18

Garnituren Cityrunner-Straßenbahnen und 40 Stadtautobussen sowie die Realisierung von zahlreichen Haltestellenausbauten und Busspuren im Grazer Stadtgebiet. Ebenso in diesem Zeitraum miteingerechnet wird das 2003 begonnene Projekt integriertes Verkehrsmanagement-System Graz. Ab dem Jahr 2004, so sieht es die oben genannte Vereinbarung vor, wird für die Stadt Graz ein jährlicher Möstmittelfixbetrag in der Höhe von 15 % der jährlich dem Land Steiermark zufließenden Erträge vereinbart. Damit dieser Geldfluss erfolgen kann, wurden die erforderlichen Schritte seitens der Finanz- und Vermögensdirektion bereits veranlasst. Im Voranschlag für das heurige Jahr sind dafür 2.850.000,- als Einnahme vorgesehen. Zweitens: Bekanntlich hat der Bund den derzeit noch bestehenden Grund- und Finanzierungsvertrag für den Verkehrsverbund Steiermark inklusive Großraum Graz mit Wirkung vom 31. 12. 2003 gekündigt. Nach intensiven Verhandlungen kann voraussichtlich im Juni dieses Jahres mit einem Neuabschluss gerechnet werden. Diese Verhandlungen werden in meinem Verantwortungsbereich geführt. Tatsache ist jedoch, dass künftig mit einem weit gehenden Rückzug des Bundes hinsichtlich seiner Aufgabenträgerschaft im Verbund gesprochen werden kann und mit einer dementsprechend hohen Reduzierung der Finanzmittel und einer strikten Deckelung der sonstigen Beiträge zu rechnen sein wird. Zum Beispiel gilt das für die Verkehrsdienstverträge. Für das Jahr 2004 konnten allerdings Bundesmittel auf Grund von Förderansuchen der Stadt Graz gemäß § 24 Abs. 2 ÖBNRV-Gesetz in Höhe von insgesamt 745.000,- Euro sichergestellt werden. Das Angebot an Verkehrsdiensten, wie etwa die Nord- und Südtangentiallinie sowie die Nachtbusse, konnten dadurch aufrecht erhalten beziehungsweise sogar adaptiert werden. Drittens: Am 18. 3. 2004 hat der Gemeinderat bekanntlich den Beschluss zur schrittweisen Umsetzung des im Gemeindeumweltausschuss seit Dezember des Vorjahres diskutierten Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung der aktuellen Feinstaubbelastung im Großraum Graz beschlossen. Laut Punkt 3.2 des Gemeinderatsantrages sollten in der Anfangsphase 19 Projektvorschläge bis 31.5.2004 unter Einbeziehung der im Antrag genannten Ämter ausgearbeitet und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Bei vier Projektvorschlägen wurde die Mitarbeit der Finanz- und Vermögensdirektion an der Ausarbeitung unter Federführung des Umweltamtes und der Stadtbaudirektion vorgesehen. Unter anderem ist die Mitarbeit der Finanz- und Vermögensdirektion am Projekt Evaluierung von Finanzierungsvarianten für den ÖV-Ausbau vorgesehen und

wird natürlich auch entsprechend erfolgen. Dazu ist festzuhalten, dass bislang weder konkrete Projekte noch deren Finanzierungshöhe der gefertigten Abteilung bekannt gegeben wurden. Viele der im oben angeführten Gemeinderatsbericht Maßnahmen enthalten keine oder ungenaue Kostenschätzungen und daher ist eine Analyse der finanziellen Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt für uns zumindest auch nicht möglich. Anzumerken ist auch, dass die unter dem Punkt öffentlicher Verkehr vorgeschlagenen Projekte so hohe Investitionskosten nach sich ziehen würden, dass ohne Mitfinanzierung von Ausbauvorhaben durch andere Gebietskörperschaften beziehungsweise ohne zusätzliche Mittelaufbringung durch Erhebung einer Verkehrserregerabgabe, die ich befürworte, eine erhebliche Beeinträchtigung der Haushaltskonsolidierung zu erwarten wäre. Der bis vor kurzem amtierende Finanzlandesrat hat allerdings die Einführung einer solchen Abgabe strikt abgelehnt und uns damit den Spielraum auch entsprechend genommen, leider genommen. Dem Kollegen Rüscher sage ich bei jeder Gelegenheit, dass ich jederzeit bereit bin, an Terminen, an Finanzverhandlungsterminen teilzunehmen. Allerdings geht es dabei immer darum, konkrete Projekte zu verhandeln, da müssen die Projekte vorgelegt werden und wir können dann natürlich auch die Gespräche zu diesen Themen führen. Das möchte ich gerne tun, was ich sehr gerne dazu sage, ist, dass die aktuelle Finanzlage allerdings die alleinige Trägerschaft von öffentlichen Verkehrsprojekten nicht möglich macht und daher die Unterstützung durch die anderen Gebietskörperschaften notwendig ist und auch gerechtfertigt erscheint, wenn man sieht, dass die Feinstaubbelastung der Stadt Graz in erster Linie und mit einem großen Anteil ja nicht in der Stadt Graz selbst verursacht wird, sondern von außen hereingetragen wird. Ich bin daher jederzeit bereit zu einem Schulterchluss, wenn die Bereitschaft zur Zusammenarbeit nur vorhanden wäre beim Kollegen Rüscher (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rüscher:** In Salzburg, in Linz, in Innsbruck ist es offensichtlich doch gelungen, auch die anderen Gebietskörperschaften heranzuziehen. Was macht Graz anders? Das würde ich einfach gerne wissen.

Zwischenrufe unverständlich.

GRin. **Rücker:** Nein, das sind unterschiedliche politische Konstellationen, also man kann es nicht auf diese Situation schieben.

Dr. **Riedler:** Es sind unterschiedliche Konstellationen, die Unterschiede liegen darin, dass in Oberösterreich zum Beispiel die Landesregierung mit ihrer Landeshauptstadt bedeutend freundlicher umgeht, als es in der Steiermark der Fall ist, in Innsbruck ist es so, dass ein besseres Projekt vorgelegt worden ist, als es bei uns der Fall ist, weil da die Förderung nach dem Regionalbahnfinanzierungsgesetz möglich ist und zwar deshalb, weil man die Bahn über die Stadtgrenzen hinausgeführt hat, was bei uns leider planungsmäßig nicht der Fall war. Daher gehe ich davon aus, dass zumindest diese gesetzliche Grundlage für die Stadt Graz leider zum jetzigen Planungszeitpunkt nicht gelten wird, ich erwarte aber natürlich sehr gerne, dass die guten Verbindungen, die der Kollege Rüscher zur Bundesregierung hat, dazu führen werden, dass wir einen Gesprächstermin bekommen, der uns möglicherweise diese Mittelfreistellung in Aussicht stellt (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Meine geschätzten Damen und Herren, sowohl der Stadtregierung als auch des Gemeinderates. Wir haben uns heute eigentlich sehr viele Fragen in der Fragestunde vorgenommen, wir sind gerade einmal bis zur Hälfte gekommen und deswegen muss ich Ihnen sagen, die Stunde ist jetzt vorbei, die übrigen Fragen können wir leider nicht mehr behandeln. Vielleicht versuchen wir doch, sowohl in der Fragestellung als auch in den Antworten etwas kürzer zu werden, dann käme auch jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin dran (*Applaus ÖVP*).